

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 846 ppbn d

Inhalt

Björn Engholm MdB, Bundesbildungsminister, erinnert an die Gründung des P.E.N.-Zentrums vor 30 Jahren: Das Ziel Kulturdemokratie.

Seite 1

Günter Grass für ausländische Mitbürger: Es wird uns keine Abkapselungspolitik helfen.

Seite 3

Wilhelm Nöbel MdB warnt: Springer will die Wettbewerbs- und Medienpolitik aushebeln.

Seite 5

Wolfgang Clement begrüßt das Urteil zugunsten Heinrich Bölls: Exemplarisch bis zum guten Ende.

Seite 7

Kirgen Böddrich MdL sieht die Meinungsfreiheit bedroht: Moderne Inquisition?

Seite 8

Buchbesprechung: Marie Schlei zu Lenelotte von Bothmers "Projekt Afrika - Hilfe zur Selbsthilfe?"

Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 230

2. Dezember 1981

Das Ziel Kulturdemokratie

30 Jahre P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland

Von Björn Engholm MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Vor 30 Jahren - am 4. Dezember 1951 - wurde, nachdem das gemeinsame P.E.N.-Zentrum für ganz Deutschland gescheitert war in Darmstadt das P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland gegründet. Dieses Datum ist Ende und Anfang zugleich. Literatur hatte in Deutschland erneut die Auswirkungen der Politik zu spüren bekommen. Die gemeinsame Organisation für ganz Deutschland, die 1949 in Göttingen wiedergegründet worden war, gab es nicht mehr. Doch die Literatur hat auch hier Wege gefunden, sich über die von der Politik gezogenen Grenzen hinwegzustellen. Sie hat die Verbindung zwischen den Schriftstellern in der Bundesrepublik und in der DDR am Leben erhalten oder neu geknüpft. Der P.E.N.-Club hat daran großen Anteil.

Wiederum 30 Jahre zuvor, im November 1921, war in England auf Initiative der Schriftstellerin Amy Dawson-Scott der P.E.N.-Club entstanden, zunächst als "Dining-Club" konzipiert, sehr bald aber eine internationale Organisation, die sich bereits wenige Jahre nach ihrer Entstehung im Kampf gegen den Faschismus zu bewähren hatte. Ernst Toller, Heinrich Mann, Rudolf Olden und viele andere, die von den Nazis ins Exil getrieben wurden, haben durch die moralische Kraft und die praktische Hilfe des P.E.N. nicht nur sich selbst zumindest ein Stück weit behaupten können, sondern sie haben es zugleich auch geschafft, etwas von dem "anderen Deutschland" sichtbar zu machen, einem Deutschland, dessen Ziele auch heute noch als Aufgabe vor uns liegen, nämlich Kultur- und Kulturdemokratie zu sein.

Der Weg dorthin bleibt nach wie vor gefährdet:

- In der Diskussion um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden sind viele rasch bereit, die Belange der Kultur zurückzustellen und Literatur, Kunst, Musik und - das läßt sich hier mit anfügen - Bildung auf bessere Zeiten zu vertrösten.
- Bestrebungen, mehr Fernsehprogramme in Privatregie anzubieten, sind ganz offenkundig eine Bedrohung der Kultur.

Verleger: Linson
Kunze & Partner
Reinholdplatz



Es war daher konsequent, daß das P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwei Jahren wiederholt gegen die Auflösung des NDR und gegen die Einführung des Privatfernsehens Partei ergriffen hat.

- Besonders sensibel mußte der P.E.N.-Club auch auf die zunehmende Ausländerfeindlichkeit reagieren, für die es bei uns zahlreiche Belege gibt. Die Resolution gegen Fremdenhaß, die der P.E.N. auf seiner Jahrestagung 1980 in Bremen beschlossen hat, verdient heute besondere Beachtung.
- Der Stil der öffentlichen Auseinandersetzungen sei es um die Kernkraft, sei es um Hausbesetzungen, sei es um die Startbahn West, droht zu verwildern, und zwar durch Eskalation auf beiden Seiten. Gegen harte Auseinandersetzungen ist nichts einzuwenden, doch - dazu hat der P.E.N.-Club stets aufgefordert - es muß ein Streit mit Argumenten bleiben. Das ist für viele immer noch nicht selbstverständlich.
- Der Rechtsextremismus wurde neu gefährlich. Die Oktoberfest-Opfer, Wehrsportgruppen, die Waffenfunde in der Helde - das sind Hinweise darauf, daß demokratisches Bewußtsein noch immer nicht von allen geteilt wird und das Kultur noch immer nicht zu der wirklich umfassenden Integrationskraft in unserem Land geworden ist.

Ich will diese Liste der kulturellen (und demokratischen?) Defizite nicht fortsetzen. Sie soll nicht den Blick dafür verstellen, daß wir heute auch manchem Zeichen begegnen, das darauf hinweist, daß gerade in den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten das Bedürfnis nach verstärkten kulturellen Orientierungen wächst.

Mit "Holocaust", dem "unvergessenen Krieg" und dem diesjährigen "Tag des Buches" ist auch mit Hilfe des P.E.N. spät ein Stück Vergangenheitsbewältigung in Gang gekommen. Die Rücknahme des Paragraph 88a des Strafgesetzbuches im Sommer dieses Jahres hat gezeigt, daß unsere Demokratie, oder doch zumindest die derzeitige Mehrheit im Bundestag, lernfähig ist und nicht bei Terroristenhysterie stehenbleiben muß. Die Mahnungen auch zahlreicher P.E.N.-Mitglieder sind hier nicht vergebens gewesen. Die Diskussionen auf dem Evangelischen Kirchentag und die Friedensbewegung haben Anstöße gebracht, die, verstärkt durch die Mitwirkung hervorragender Schriftsteller, nicht ohne Auswirkungen auf die "große Politik" bleiben. Die Ökologiebewegung und die Versuche zur Entwicklung alternativer Kulturformen haben zumindest bewirkt, daß nachdenklichere Zeitgenossen anfangen, sich zunehmend von der Verschwendung und Verblendung des hergebrachten Konsumverhaltens abzuwenden.

Die Frage nach der Kulturdemokratie ist neu gestellt, und sie ist vielleicht dringlicher als je zuvor. Sie ist eine Herausforderung an die Parteien, insbesondere auch an die Sozialdemokraten, die sich diesem Ziel länger verpflichtet wissen als jede andere deutsche Partei. Sie ist aber auch eine Herausforderung an die Schriftsteller, namentlich an den P.E.N.-Club: Wir brauchen Mittler zwischen den großen politischen Organisationen und den neuen Aufbruchsbewegungen.

Die Schriftsteller sind wie kaum eine andere Gruppe dazu berufen, diese Aufgabe auszufüllen. Der Blick zurück auf 30 Jahre P.E.N. in der Bundesrepublik Deutschland und 60 Jahre P.E.N.-Geschichte insgesamt zeigen, daß sie in vielen kritischen Phasen unserer Geschichte diese Aufgabe bereits wirkungsvoll ausgeübt haben. (-/2.12.1981/hi/ca)

+ + +



Es wird uns keine Abkapselungspolitik helfen

Wer den ausländischen Mitbürgern keine Chance gibt, wird an seinem Egoismus scheitern

Von Günter Grass

Ich gehöre mit zu den Gründern der Sozialdemokratischen Wählerinitiative. Ende der 60er Jahre, als wir alle noch glaubten, man könne in diese relativ junge Republik demokratische Impulse mit dauerhafter Wirkung hineinbringen, gab es einen Elan, gab es eine Möglichkeit, so etwas aufzubauen. Und es hat sich auch erwiesen, daß diese sozialdemokratische Wählerinitiative in ihrem kritischen Verhältnis zur SPD immer wieder Gelegenheit genommen hat, der Partei unangenehme Fragen zu stellen - ihr oft Themen aufzureden, denen sie sich sperrte. Unter anderem war es das Thema der Ausländerpolitik, das Zusammenleben der Deutschen mit Ausländern, die zum Gutteil in unser Land gerufen worden sind, die man gebraucht, benötigt, benutzt hat, und die dann behandelt wurden zum Götterbarren. Dieses Problemthema gibt es schon über ein Jahrzehnt und länger.

Damals war schon deutlich, daß es notwendig war, hier nicht etwa ein einseitiges Konzept zu praktizieren, indem man sage, die Ausländer müssen sich in unsere Lebensgewohnheiten hineinfügen und das annehmen, was wir hier praktizieren, dann wird alles gut sein. Nein, ob es Türken, Jugoslawen, Italiener waren: Sie brachten ihre eigene Kultur mit, eine Kultur, die sich durchaus neben unserer eigenen Kultur sehen lassen kann, und von der wir ja auch bis in die Trivialbereiche hinein profitiert haben.

Nach 1945 hat es eine Einwanderungswelle gegeben. Es waren über neun Millionen Flüchtlinge, die aus den verlorenen Ostprovinzen, auch aus anderen Ländern des Ostens, nach Westen strömten. Und ich behaupte hier, daß die Reaktion eines Großteils der westdeutschen Bevölkerung auf diese Ostflüchtlinge die Reaktion war wie auf Ausländer, obgleich es sich um Deutsche handelte.

Ich habe zwei Jahre nach Kriegsende meine Eltern auf einem rheinischen Bauernhof wiedergefunden. Sie waren dort in dem bösen Winter 46/47 in der Futterküche untergebracht und aßen erfrorene Kartoffeln und wurden von dem rheinischen Großbauern wie der letzte Mist behandelt. Die Rede war: Die sollen doch hingehen, wo sie herkommen! Es wurde nicht zur Kenntnis genommen, daß wir einen Krieg angefangen und verloren hatten, daß diese Flüchtlinge die Hauptlast des verlorenen Krieges zu tragen hatten.



Dennoch hat man politisch richtig gehandelt. Diese neun Millionen Flüchtlinge sind nicht in Lager gesperrt worden. Man hat sehr rasch begriffen, daß diese Flüchtlinge mit einem Nichts im Hintergrund natürlich der Motor gewesen sind für das, was man später das Wirtschaftswunder genannt hat.

Ein Jahrzehnt später begann dieses Wirtschaftswunder, Arbeitskräftemangel aufzuzeigen. Es wurden Ausländer, in erster Linie aus Italien, aber auch aus anderen Ländern, ins Land gerufen. Der Boom der Wirtschaft, die beständigen Zuwachsraten ließen die Zahl der Gastarbeiter anschwellen und anschwellen. Und erst, als es Anfang der 70er Jahre nach der ersten Erdölkrise auf einmal hieß, mit dem Zuwachs ist auf Dauer nicht zu rechnen, war man sehr rasch bereit, die Leute wieder abschieben zu wollen, denen man einen großen Teil des Wirtschaftswunders verdankt. Es wird sich heute nicht mehr so machen lassen.

Wir wissen es aus den Zahlen, daß ein Großteil der Kinder dieser Gastarbeiter hier aufgewachsen sind, daß ihre Bindungen an die Bundesrepublik, wie immer die aussehen mögen, wie immer die Erfahrungen gewesen sein mögen, stärker sind als an das Heimatland ihrer Eltern. Wir werden mit ihnen leben müssen. Es wird uns keine Abkapselungspolitik dabei helfen.

Ich glaube, die Aufgabe von Politikern liegt in erster Linie wohl darin, sich den Blick freizuhalten: Aus der pragmatischen Anforderung des Alltags in Zukunftsentwicklungen hinein. Diese Zukunftsentwicklungen sind heute schon zu erkennen. Sie haben in Ländern, die früher große Kolonialreiche hatten, deutliche Spuren hinterlassen. Ich denke zum Beispiel an Großbritannien, ich denke an Holland.

Wenn wir als Sozialdemokraten oder als Leute, die sich einer solchen Gruppierung nahe sehen, es nicht verstehen, dem überlieferten Begriff Solidarität einen neuen Inhalt zugeben, wenn wir es nicht verstehen, unseren ausländischen Mitbürgern gleiche Rechte zu garantieren und ihnen die Chance einzuräumen, hier zu leben und gleichzeitig ihre Kultur weiter zu entfalten - also wenn wir diese Solidarität nicht aufbringen, werden wir an unserem eigenen Egoismus scheitern.

Insgesamt: Wir sind schuld.

(-/2.12.1981/ks/ca)

+ + +



Die Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Springer will die Wettbewerbs- und Medienpolitik aushebeln

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Springer wird älter. Nun hat er Umschau gehalten. Erfolg! Er habe gesucht und Burda gefunden, ihn dazu überreden und davon überzeugen können, die drei Söhne Burdas seien geeignet, nach einem Zusammenschluß beider Unternehmen ein omnipotentes Presseimperium in die Zukunft zu führen.

Wenn dies für Burda zwar einen phantastischen Machtgewinn bedeutete, so liegt das maßgebliche Motiv doch auf der Springer-Seite. Wie zu erfahren ist, verhielt sich Burda sehr neutral.

Vielleicht kommt er doch noch zu der Überlegung und der ernststen Selbstprüfung, ob er sich tatsächlich ehrenhaft in ein eklatantes politisches Spiel dieser Sorte hineinziehen lassen kann.

Springer denkt nicht daran, seinen Konzern etwa in eine Stiftung umzuwandeln. Das wäre was. Aber wer es erwarten sollte, dürfte Springers Größe wohl verkennen. Oder in eine Aktiengesellschaft, deren Aktien ja breit gestreut werden könnten. Auch hier Fehlanzeige; denn mit einer Aktiengesellschaft wären ja schon gewisse Demokratisierungstendenzen verbunden.

Axel Springer argumentiert in sich, mit sich und für sich. Er, die Verlegerpersönlichkeit! Im Grunde geht es dabei um die Wahrung ideologischer Geschlossenheit. Um sonst nichts. Obwohl sich eine Liberalisierung anbietet, geradezu aufdrängt.

Es ist ja keine Sanierungsfusion, die dort angestrebt wird. Beiden geht es gut.

Der Erlaubnisantrag zielt vordergründig auf den allmächtigen Pressekonzern. Hinter dem wettbewerbs- und pressewirtschaftlich Unmöglichen verbirgt sich jedoch noch mehr. Es geht darum, die Einführung der Pressefusionskontrolle, ein Verdienst der sozial-liberalen Koalition, zu diskreditieren, sie auf die kleinen und mittelgroßen Zusammenschlüsse zu beschränken. Auch das sieht mehr nach den Hintergedanken von Springer aus, denn Burda hat keine Zeitungen, und die Pressefusionskontrolle hatte in erster Linie den Zweck, ein Mindestmaß von Wettbewerb bei den



Tageszeitungsverlagen zu erhalten: Man denke an den faktisch zeitungsspezifischen Multiplikator bei der Umrechnung der Umsatzzahlen, auch an das Bundestagshearing, in dem die Zeitschriftenkonzentration verhältnismäßig milde beurteilt wurde.

Und noch mehr verbirgt sich hinter diesem Antrag, der nicht allein auf die fehlende männliche Nachfolge gestützt wird. Vielmehr wird auch die Gefahr beschworen, die von den Neuen Medien für die Presseverlage ausgehen werde. Man muß davon ausgehen, daß die Hamburger Konzernjuristen klar erkannt haben, worauf ihr unkeusches Anliegen intendiert: Auf die mittelbare Entscheidung eines der wichtigsten Bundesressorts, nicht zuletzt wegen des persönlichen und politischen Gewichts seines Chefs, für die Teilprivatisierung der Breitbandkommunikation. Verfassungsgerichtsurteile hin oder auch her. Das politische Bekenntnis ist wichtig genug. Darum gehts!

Die SPD-Bundestagsfraktion wird daher nicht nur im Auge behalten, daß man versucht, auf allen möglichen Pressemärkten marktbeherrschende Stellungen zu schaffen oder zu verstärken. Auch die Glaubwürdigkeit der gesamten Wettbewerbs- und Medienpolitik der Bundesregierung steht auf dem Spiel. Man denke überdies an die Gefahren, die bereits einem anderen Reformgesetz der sozial-liberalen Koalition durch die multinationalen Medienkonzerne auf dem Umweg über die EWG-Kommission drohen: Dem Filmförderungsgesetz.

Eine zentrale Bedeutung in dem Entscheidungsvorgang kommt nunmehr der Monopolkommission zu. Wird sie auch nur positive Tendenzen erkennen lassen, droht das Unmögliche möglich zu werden. Man kann da wirklich nur spekulieren, und auch das nur auf der Grundlage des jüngsten Sondergutachtens der Monopolkommission zur Pressekonzentration und den Neuen Medien. Die kritische Haltung der Kommission zum Stand der Pressekonzentration läßt eigentlich hoffen. Andererseits wünscht sie sich privates, nicht kommerzielles Fernsehen als Gegengewicht zur Konzentration in der Presse. Sie bräuchte also nur zu sagen: Schafft dieses Gegengewicht und dann könnte vielleicht sogar der Zusammenschluß Springer/Burda tolerabel sein. Man kann sich aber nur sehr schwer vorstellen, daß die Kommissionsherren tatsächlich derartiges äußern werden. Dafür scheint ihre Unzufriedenheit mit der Pressekonzentration, wie sie sich bereits heute darstellt, doch zu groß. Auch wird die Monopolkommission selbst wissen, daß Fernsehen ohne Werbung - sie möchten sogar den Verzicht des öffentlich-rechtlichen Fernsehens darauf - wohl ein frommer Wunsch bleiben müßte. (-/2.12.1981/ks/ca)

+ + +



Exemplarisch bis zum guten Ende

Walden kam das "Werturteil" gegen Heinrich Böll teuer zu stehen

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Mit seinem Urteil gegen den früheren SFB-Chefkommentator und heutigen "Welt"-Mitherausgeber Mathias Walden hat der Bundesgerichtshof dem Recht genüge getan. Insofern ist die Entscheidung aus ganzem Herzen zu begrüßen, die dem Schriftsteller Heinrich Böll ein Schmerzensgeld in Höhe von 40.000 DM zuspricht. Walden hatte 1974 mit unkorrekten Zitaten ein Un-Werturteil über den Schriftsteller in die Welt gesetzt. Dafür ist er jetzt - sieben Jahre später - zur Rechenschaft gezogen worden. So weit, so gut.

Doch der Weg bis zu diesem Urteil war lang und voller Widersprüche. Der Bundesgerichtshof hatte zu seiner heutigen Entscheidung erst durch das Bundesverfassungsgericht angehalten werden müssen, nachdem die Karlsruher Zivilrichter im ersten Durchgang noch der Ansicht waren, Waldens perfider Vorwurf der geistigen Teilhabe Bölls am "linken" Terrorismus sei durch die Rundfunk- und Meinungsfreiheit gedeckt gewesen. Jetzt haben sie dem auf höhere Weisung ihrer Kollegen in den roten Roben atschwören und die Selbstverständlichkeit festschreiben müssen, daß Meinungsfreiheit natürlich nicht fehlerhaftes Zitieren rechtfertigt.

Walden ist ein exzellenter Reaktionär. Seinen Stil des geistigen Krieges mit Andersgläubigen, den er journalistisch pflegt, hat er bis in den Gerichtssaal durchgehalten. Böll gehe es mit seinem Schmerzensgeldanspruch offensichtlich nur ums Geld, ließ er beispielsweise vor dem Bundesgerichtshof vortragen. Das ist so ein typischer Walden-Vorhalt, der juristisch nicht greifbar ist, wiewohl jedermann weiß, wie perfide er ist. Denn gegen "Werturteile", wie sie Walden über Böll verfaßte, gibt es nicht die Möglichkeit der Widerrufsklage, sondern nur den Weg des Schmerzensgeldanspruchs. Der war nun erfolgreich.

Bölls Ehre, die moralisch nie auf dem Spiel stand, ist jetzt auch im rechtsbürgerlichen Sinne wiederhergestellt. Das erfüllt mit tiefer Genugtuung, auch wenn der Gedanke erschreckt, daß eine Katharina Blum diesen fürchterlich langen Weg durch die Gerichtskorridore wohl nie durchgestanden hätte. Ein in der Welt geachteter Schriftsteller hingegen hat der gnadenlosen Jagd, die von einflußreichen Männern und Medien zur Baader-Meinhof-Zeit gegen jedermann veranstaltet wurde, den sie in den Geruch des "Sympathisantentums" bringen konnten, Paroli bieten können. Wer sonst? Allein dafür war es wichtig, daß dieser Prozeß auf exemplarische Weise bis zum doch guten Ende geführt worden ist.

(-/2.12.1981/ks/ca)

+ + +



Moderne Inquisition?

Es geht nicht um Strauß und Maier - es geht um die Meinungsfreiheit

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Der bayerischen SPD-Landtagsfraktion ist es im Prinzip vollkommen gleichgültig, ob Bayerns Ministerpräsident Strauß seinen Kultusminister öffentlich abwatscht oder ob der Kultusminister gegen den Ober wieder einmal einen Stich macht. Das Theater, das die beiden in regelmäßigen Abständen aufführen, gibt gerade genug Stoff für Satiren her (und für Schlagzeilen), es ändert jedoch absolut nichts an der Tatsache, daß letztlich beide gemeinsam, nur in wechselnden Rollen, an der Demontage von Freiheit und Liberalität im Freistaat Bayern mitwirken.

Die Meinungsunterdrückung, die im besonders sensiblen Bereich der Schulen von Maier praktiziert und von Strauß gedeckt wird, ist jetzt in drastischer Weise vom Lehrerverbandspräsidenten Ebert aufgedeckt worden. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird den von Ebert dargestellten Fällen mit allen ihr zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln nachgehen. Zunächst hat die SPD-Fraktion für die nächste Plenarwoche eine Aktuelle Stunde beantragt. In dieser Parlamentsdebatte, die voraussichtlich am 15. Dezember stattfinden wird, werden noch eine Reihe weiterer Fälle, die der SPD bekannt geworden sind, zur Sprache kommen.

Bayerns Staatsregierung und die CSU haben offensichtlich immer noch nicht begriffen, daß es nicht um personelle Hakeleien geht, sondern - exemplarisch - um die Meinungsfreiheit in Bayern. Man muß sich einmal vorstellen, daß im Jahr 1981 ein Lehrer mit einem Verweis bestraft wird, der folgende, in einer Demokratie geradezu selbstverständliche Sätze niederschreibt:

"Wer überprüft eigentlich die Gesinnung eines Kultusministers, der mit aller Macht verhindern will, daß Kinder und Jugendliche mit Personen in Berührung kommen, die von dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch gemacht haben?"

Als Lehrer fürchte ich mich vor einem Vorgesetzten, der zwar Erzieher duldet, die während ihrer Bundeswehrzeit wirksame Methoden zur Tötung von Menschen gelernt haben, der aber Zivildienstleistende nicht einmal zur Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen in die Schulen läßt.

Als Katholik schäme ich mich für einen Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, der sich nicht nur nicht aktiv für Zivildienstleistende einsetzt, sondern diejenigen mit Argwohn und Skepsis betrachtet, die Gewalt ablehnen und ihre Zeit und Kraft hilfsbedürftigen Menschen opfern.

Als Demokrat Sorge ich mich um einen Staat, in dem diese Politik auch noch als 'christlich' und 'sozial' verkauft wird."

Die SPD schämt sich mit allen Demokraten für eine Staatsregierung, die derartige Äußerungen nicht ertragen kann und mit Disziplinarverfügungen ahndet. Die SPD ist allerdings überzeugt, daß es auch der CSU nicht gelingen wird, die Inquisition wieder einzuführen.
(-/2.12.1981/ks/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Lenelotte von Bothmer: Projekt Afrika Hilfe zur Selbsthilfe?
158 Seiten, Arena-Verlag, Würzburg 1981, 18,80 DM

Die Verhältnisse in Afrika charakterisiert

Als ich das Buch "Projekt Afrika" von Lenelotte von Bothmer zu lesen anfang, blieb ich dabei und las es ohne Unterbrechung zu Ende. Das darin Gesagte wirkt wie unmittelbar erzählt, will keineswegs im wissenschaftlichen Sinne analysieren und zieht die Spontanität des Berichtes zeitweilig auch Sinnfaktischem vor. Es wird besonders für Jugendliche sehr geeignet sein, jedoch auch Erwachsene werden sich von der sehr menschlichen Einstellung, die die Verfasserin vermittelt, angesprochen fühlen.

Der Buchtitel - unzulässig verobjektiviert - ist viel zu nüchtern, verglichen mit all dem Farbigen, Lebendigen, Einfühlbaren, das im Buch zu finden ist. Leser, die aus dem Klappentext einen ersten Eindruck von einem Buch erhalten wollen, bekommen in diesem Fall ein falsches Bild. Er geht meines Erachtens nach nicht genügend auf das ein, was die Autorin vermitteln will: daß die Entwicklung Afrikas nicht lediglich eine Frage volkswirtschaftlichen Wachstums ist, sondern abhängt von der Verbesserung der täglich erfahrbaren Lebensverhältnisse der afrikanischen Menschen, damit sie nicht hungern müssen, daß nicht jede Krankheit für sie zur tödlichen Bedrohung wird, daß alle endlich lesen und schreiben und sie über ihre eigene Situation bestimmen können. Ich hoffe, daß dieses Buch in viele Hände gelangt: Es ist gut als Schullektüre und für Jugendarbeit denkbar, damit gerade junge Menschen auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, aber auch zu tiefst menschlichen Probleme herangeführt werden, die die Verhältnisse in Afrika charakterisieren.

Das appellativ gemeinte Buch ist in einem Geist des Helfenswillen geschrieben. So erinnert die Autorin auch an das Werk von Professor Dr. Albert Schweitzer. Sie würdigt es gerecht und folgt sicher auch Schweitzers spezifisch formuliertem Prinzip Hoffnung: "Was ein Menschen an Gültigkeit in die Welt hinaus gibt, arbeitet an dem Herzen und an dem Denken der Menschen".

Hilfe für die Dritte Welt bleibt eine dringende soziale Notwendigkeit und die Abschaffung der die Entwicklungsländer benachteiligenden weltwirtschaftlichen Mechanismen entspricht wirtschaftlicher Vernunft. Die politische Forderung nach Freiheit von Vorherrschaft und Gleichberechtigung in der Gemeinschaft der Welt durch Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika bedarf unserer ständigen Unterstützung.

Das Buch von Lenelotte von Bothmer zeigt, daß dies alles auch etwas zu tun hat mit Menschlichkeit, Güte, Verständnis und gegenseitigem Vertrauen. (+/2.12.1981/hj/ca)

Marie Schlei, Bundesminister a.D.

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

